— Die nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses finden am 26. Oktober statt. Man hofft in drei Sitzungen die erste Lesung beendigen zu können; dann soll eine dreiwöchentliche Pause für das Plenum eintreten. Das Zentrum hält in diesen Tagen lange Fraktionssitzungen über die Beamtenvorlage ab.

— In Berlin haben sich augenblicklich Vertreter einer großen Reihe von Staaten versammelt, um den seinerzeit in Bern geschlossenen Vertrag, betr. den **Schutz geistigen Eigentums** auf verschiedenen Gebieten, weiter auszubauen. Dank der steten Entwicklung des Weltverkehrs und der Technik gewinnen diese früher wenig beachteten Fragen von Jahr zu Jahr an Bedeutung. Es stehen diesmal besonders die Erweiterung des Schutzes für musikalische Werke, Erzeugnisse der Architektur und Bühnenkunst, für Photographien, Zeitungsartikel und Werke der angewandten Kunst auf der Tagesordnung. Vielfach besteht die Hoffnung, daß die Konferenz auch Anlaß zum Abschluß der Literarkonventionen zwischen Rußland und den anderen Staaten, sowie zur Verbesserung der mit den Vereinigten Staaten bestehenden mangelhaften Verträge bieten wird.

— **Verstaatlichung des Depositenwesens.** Eine gewiß in weitesten Kreisen großes und berechtigtes Aufsehen erregende Nachricht findet sich schüchtern versteckt in der „Köln. Zeitg." (Nr. 1066, Ausgabe vom Sonntag den 18. Oktober 1908): „Wie wir hören, sollen die Verhandlungen der zu Erhebungen über das Bankwesen einberufenen Kommission heute zu Ende geführt werden. Der Punkt 6, betreffend die Depositenbanken, wurde von der Erörterung abgesetzt, nachdem aus Erklärungen der Berliner Großbanken sich ergeben hat, daß diese in Bezug auf regelmäßige Veröffentlichungen über den Stand, insbesondere auch über den Bestand an Depositengeldern, zu einem „gewissen Entgegenkommen" bereit sind." Leider darf man wohl nicht daran zweifeln, daß die vorstehende Nachricht offiziösen Ursprungs ist, desto entschiedener muß gegen das angekündigte Verfahren Protest erhoben werden. Der ganze Verlauf der Bankenenquete hat nach der „Deutschen Tageszeitg." denen Recht gegeben, die behaupteten, daß sie mehr oder minder eine Farce werden würde, daß sie nicht, wie mit vielem Pomp angekündigt, Klarheit über ungemein wichtige bankpolitische und Wirtschaftsfragen schaffen, sondern lediglich eine Beruhigungspille für diejenigen sein solle, die aus konservativen und Zentrumskreisen heraus immer eindringlicher ihre warnenden Stimmen gegen die verderbliche Macht des mobilen Kapitals und insbesondere gegen die unser gesamtes Wirtschaftsleben beherrschende Uebermacht des Großkapitals, wie es in den wenigen Großbanken vereint ist, erhoben. Wie man nun an den Kern des gesamten Depositenwesens kommt, verlegt man einfach die gesamte Depositenfrage. Aber wir können mitteilen, daß manche Zentrumsabgeordnete bereits gute Vorschläge für eine Regelung dieser Materie in Händen haben. Auch von anderer Seite regt man sich. Die Finanzzeitschrift „Die Bank" untersucht in zwei Artikeln im Juli- und Augustheft das deutsche Bankwesen und vertritt dabei speziell das Depositengeschäft. Der Verfasser Alfred Landsbourgh macht dazu folgende Berechnungen: Die Höhe der fremden Gelder stellt sich bei den Großbanken auf das Zweifache, bei den Banken mit 1 bis 10 Millionen Mark Kapital auf das zweieinhalbfache, bei den Banken mit 100 000 Mark bis 1 Million Mark auf das vierfache, und bei den allerkleinsten Banken mit weniger als 100 000 auf das neunfache des Eigenkapitals an. Schon aus diesen Angaben ist zu entnehmen, daß das Depositengeschäft für die Banken außerordentlich lukrativ ist, die Gelder werden mit 1½ bis 2 Prozent verzinst, bringen den Banken aber im Durchschnitte doch wohl 4 Prozent, so daß selbst bei hoher Liquidationsnote auf einen Reinverdienst von 1 bis 1½ Prozent gerechnet werden kann. Was das für Summen ausmacht, illustrieren folgende Angaben: Nach den Bilanzen, die alle existierenden 112 deutschen Aktienbanken in der Zeit vom 1. Juli 1907 bis zum 30. Juni 1908 veröffentlicht haben, verwalteten sie auf Depositen und Kontokorrentkonto insgesamt 81 216 Millionen Mark fremde Gelder. Diesen Geldern standen an Eigenkapital 4035 Millionen Mark gegenüber, davon 3035 Millionen Mark Aktienkapital und rund 1000 Millionen Mark Reserven. Mit Hinweis auf diese Zahlen fordern nun konservative Organe die Verstaatlichung des Depositengeschäftes, um dadurch dem Reiche neue Einnahmequellen zu verschaffen. Rein mechanisch gerechnet, würde der Staat, wenn er sich mit einem Durchschnittsnettogewinne von 1 Prozent begnügt, bei der obigen Höhe der Depositen im Jahresdurchschnitte einen Ueberschuß von 812 Millionen Mark erzielen. Man sieht also, wie leicht sich das mobile Kapital erfassen läßt; wenn man nur ernstlich will; man braucht nicht einmal sofort zur Verstaatlichung der Depositengeschäfte überzugehen.

— **Dem nationalliberalen Abgeordneten Bassermann** soll, wie nach der „Frankf. Ztg." in nationalliberalen Kreisen als gut verbürgt erzählt wird, für den Fall einer befriedigenden Lösung der Reichsfinanzreform ein Staatssekretariat im Reiche zugedacht sein. Außerdem heißt es, daß der nationalliberale Abg. Hagemann vortragender Rat im Reichskolonialamt werden soll. Das erwähnte Blatt macht darauf aufmerksam, daß das betreffende Gerücht diesmal bestimmter auftritt als früher. Eine bindende Bestimmung über das Herrn Bassermann zugemessene Ressort sei jedenfalls noch nicht getroffen. Früher war vom Reichsjustizamt die Rede. Diesmal wird behauptet, es würde daran gedacht, Bassermann bei der beabsichtigten Teilung des Reichsamts des Innern in zwei selbständige Staatsämter zu berücksichtigen.

— **Auch gegen die Vermögenssteuer** wachsen immer mehr die Bedenken, die wir zuerst nur andeuteten. Jetzt nimmt auch die agrarische „Deutsche Tageszeitung" Stellung zu den bekannten Vermögenssteuervorschlägen der befreundeten und verbündeten „Kreuzzeitung". Sie protestiert gegen die Annahme als ob die konservative Partei ihren grundsätzlichen Widerspruch gegen den Gedanken einer Reichsvermögenssteuer aufgegeben habe. Auch Herr Oertel hält zwar, mit der Erbschaftssteuer verglichen, die Vermögenssteuer für das „kleinere Uebel". Nur sei es taktisch nicht richtig und zweckmäßig gewesen, daß die Frage der Vermögenssteuer von konservativer Seite wieder der öffentlichen Erörterung unterbreitet worden sei. Inzwischen sickern wieder ein paar Tropfen aus den Bundesratsverhandlungen durch. Wie der Offiziosus der „Frankfurter Zeitung" erfahren haben will, haben die Ausschüsse des Bundesrats am Sonnabend die erste Lesung der Reichsfinanzreform erledigt und sich über die Steuergesetze mit Ausnahme der Elektrizitätssteuer geeinigt; die Entscheidung über die Letztere wird wahrscheinlich erst im Bundesrat durch ein Mehrheitsvotum erfolgen. An der geplanten Inseratensteuer oder vielmehr an ihrer Erhebung sollen nach derselben Quelle die Zeitungsverleger mitwirken und für die Mitwirkung vom Reiche entschädigt werden. Was das heißen und wie das gemacht werden soll, verrät die „Frankfurter Zeitung" nicht. Aber die ganze Sache der neuen Steuern wird immer unverständlicher. Bemerkenswert ist die Opposition gegen die Elektrizitätssteuer.

— Die Kaiserliche Disziplinarkammer für die Schutzgebiete sprach am 20. Oktober gegen den Vorstand z. D. des Kaiserlichen Gouvernements zu Togo, **Emanuel Wistuba**, wegen Disziplinarvergehens das Urteil; dasselbe lautet auf Dienstentlassung und Belassung von zwei Dritteln der Pension auf fünf Jahre.

— Auf Grund einer Bekanntmachung des **Reichskanzlers** sind die aus Häfen von **Archangelsk und Riga** nach deutschen Häfen kommende Schiffe und ihre Insassen bis auf weiteres vor Zulassung zum freien Verkehr zu untersuchen.

Oesterreich-Ungarn.

— **Kirchliche Autonomie für Bosnien?** Aus Sarajevo wird der „P. V. K." geschrieben: Nach den kanonischen Bestimmungen der griechisch-orientalischen Kirche gibt es autonome, oder wie es offiziell heißt, autokephale Kirchen nur in selbständigen Staaten. Die orthodoxen Serben Bosniens müssen daher solange unter der geistigen Jurisdiktion und unter der Oberverwaltung des ökumenischen Patriarchats bleiben, bis Bosnien entweder ein selbständiger Staat geworden oder einem anderen selbständigen Staatswesen formell einverleibt ist. Die bosnischen Serben können deshalb heute keineswegs den serbischen Patriarchen zu Karlowitz unterstellt werden, und ebensowenig können sie selbst eine autonome Kirchengemeinschaft bilden. Würde eines von beiden geschehen, so müßte die heutige Synode zu Konstantinopel die bosnischen Serben als „schismatisch" erklären, wie sie das beispielsweise 1870 gegenüber der autonomen bulgarischen Exarchatskirche getan hat. Also ganz so leicht kann sich auch Baron Burian über eine derartige tief eingreifende kirchliche Frage nicht hinwegsetzen. — Noch viel weniger können die bosnischen Mohammedaner eine autonome Kirchengemeinschaft bilden. Für sie wird immer der Sultan in Konstantinopel das geistliche Oberhaupt bleiben und an die Spitze der bosnischen Bekenner des Islams kann nur ein solcher Geistlicher treten, der hierzu ausdrücklich vom Sultan ermächtigt ist. Weder die bosnische Verwaltung, noch Kaiser Franz Joseph können eine solche Ermächtigung erteilen. Der Islam ist eine Autoritätsreligion, die entweder in einem mohammedanischen Herrscher oder in einem besonders hierzu geweihten Priester sein Oberhaupt erhalten muß. Wenn in dieser Frage keine ganz feste Rechtsordnung getroffen wird, so entsteht dabei eine sehr gefährliche Verwirrung.

Die Regierung wies den Statthalter in Prag an, die zur Verhinderung von **Ausschreitungen** getroffenen Verfügungen mit größerem Nachdrucke durchzuführen.

Das scharfe Kommuniqué der Regierung im „Fremdenblatt" gegen die **serbenfreundlichen Exzesse in Prag** erregte großes Aufsehen.

In Karlsbad fanden am Dienstag abend **Ansammlungen** in der Nähe der Beseda statt. Die städtische Wache und die Gendarmen, die umfassende Absperrungen vorgenommen hatten, wurden mit Steinen beworfen. Ein Wachtmann und ein Gendarm wurden leicht verletzt. Die Wache zog blank, worauf die Menge in die Panoramastraße zu der tschechischen Herberge Slavia zog. In der Villa des Geschäftsführers der Beseda und bei den Häusern einiger tschechischer Kaufleute wurden die Fensterscheiben eingeschlagen und mehrere Firmenschilder herabgerissen, so auch der böhmischen Eskomptebank. Nachdem die Menge längere Zeit in der Stadt umhergezogen war, trat um 11½ Uhr nachts Ruhe ein. Es ist ein Gendarmeriepatrouillendienst eingerichtet worden. Der Bezirkshauptmann und der Bürgermeister intervenierten auf der Straße.

Balkan.

— Obwohl die Lage auf der **Balkanhalbinsel** noch immer eine höchst verwickelte ist, gibt man sich doch heute in politischen Kreisen allgemein der Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten hin. Weder Rußland noch England denken ja ernstlich daran, für die Türkei zu den Waffen zu greifen. Trotz aller ihrer Freundschaftsversicherungen in Konstantinopel hat es vielmehr den Anschein, daß sie die Lage zur Förderung der eigenen Interessen ausnützen wollen. Rußland dürfte die langerstrebte Oeffnung der Dardanellen für seine Kriegsschiffe anstreben und England wird dafür wahrscheinlich sich weitere Vorrechte in Aegypten und Cypern zu sichern wissen. Oesterreich und Bulgarien haben keinen Anlaß zu einem Kriege, da sie auf friedlichem Wege bereits ihre Absichten verwirklicht haben. Daß die Türkei, nachdem sie die Wegnahme der Orientbahnen geduldet hat, gegen sie jetzt noch zu den Waffen greifen sollte, erscheint bei der ganzen Sachlage nicht wahrscheinlich. Das Kriegsgeschrei der Serben und Montenegriner dürfte nur darauf berechnet sein, auch für diese Staaten einige Vorteile herauszuschlagen. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Aussicht auf das anfangs sehr zweifelhafte Zustandekommen einer neuen internationalen Orientkonferenz in letzter Zeit bedeutend gewachsen ist. Doch wird diese Veranstaltung einen wesentlich anderen Charakter tragen, als man türkischerseits wohl gehofft hatte. Die letzten Gebietsverluste der Türkei dürften nicht rückgängig gemacht, sondern von den Mächten anerkannt, und die Hohe Pforte durch entsprechende Geldentschädigungen und voraussichtlich auch Garantien ihres bleibenden Besitzes abgefunden werden. Das durch Indiskretion in die Oeffentlichkeit gelangte englisch-russisch-französische Programm für die in Aussicht genommene Balkankonferenz, das in Konstantinopel begreiflicherweise arg verstimmte, hat die Türkei zu dem Entschluß gebracht, den Versuch zu machen, ohne die Inanspruchnahme der Mächte den Streit durch direkte Verhandlungen mit Bulgarien und wohl auch mit Oesterreich-Ungarn zu beseitigen und so die Balkankonferenz gegenstandslos zu machen. In Sofia ist sie dabei auf bereitwilliges Entgegenkommen gestoßen. Die außerordentlich schwierige Stellung, die das von den Ereignissen wieder einmal völlig überraschte Deutschland zwischen seinem österreichischen Verbündeten und seinem türkischen Freund einnimmt, hat sich inzwischen nicht verbessert. Die Verstimmung in der Türkei scheint zwar, dank den beruhigenden Erklärungen und feierlichen Versicherungen der Reichsregierung, etwas gehoben, dafür sind aber jetzt die österreichischen Nachbarn verschnupft durch die recht überflüssige Kritik, die die deutschen Offiziösen an Herrn v. Aehrenthals Gewaltstreich geübt. Der Konferenz und dem Konferenzprogramm gegenüber verhält sich Deutschland, nachdem es gewisse grundsätzliche Bedingungen hat formulieren lassen, abwartend. Aber wir fordern, daß es stark und entschlossen zu seinem Verbündeten Oesterreich halte.

— Zwischen den Delegierten des jungtürkischen Zentralkomitees und des hiesigen Bundeskomitees ist eine vollkommene Verständigung über die schwebenden Streitfragen erzielt worden. Das gemeinsam ausgearbeitete Protokoll fordert unter Betonung der **Grundlosigkeit eines türkisch-bulgarischen Krieges** die Regierungen beider Länder auf, Delegierte zu entsenden zur Ausarbeitung eines Vorschlages zur Beilegung der Differenzen. Das Protokoll wurde gestern der bulgarischen Regierung überreicht und wird heute in Sofia, Konstantinopel und Saloniki veröffentlicht. Einer Blättermeldung zufolge erklärten jungtürkische Abgesandte in den Komiteeberatungen, die Pforte werde ihre hier eingegangenen Verpflichtungen anerkennen und durchführen. Die Sobranje wurde auf den 28. Oktober zur ordentlichen Session einberufen.

— **Der russische Minister des Aeußern Iswolski** ist heute abend nach Berlin abgereist und wird von dort nach Petersburg zurückkehren. Maßgebende Kreise versichern, Iswolski habe in Bezug auf die Aufgaben der zukünftigen Konferenz in London und Paris die vollständige Uebereinstimmung der Ansichten Rußlands, Englands und Frankreichs festgestellt.

Italien.

— Aus **Rom** wird der „P. V. K." gemeldet: Nicht nur die Belgrader Spaniolen-Kolonie hat Serbien Geld zum Kriege gegen Oesterreich angeboten, sondern auch die dortige Freimaurerloge. Dieselbe hat ein vertrauliches Rundschreiben an die Logenbünde in Italien, Frankreich und England erlassen, worin sie zu „Geldsammlungen" für die serbische Kriegskasse auffordert. In dem Schreiben heißt es, daß in Oesterreich die „Hauptmacht des Klerikalismus" getroffen werden solle, weshalb das gesamte Freimaurertum den heldenmütigen Kampf der Serben unterstützen müsse. In Rom haben daraufhin die Logen in wenigen Tagen 200 000 Lire für Serbien gesammelt und werden die übrigen Logen Italiens das gleiche tun. Man hofft, dem in einigen Wochen in Rom erwarteten serbischen Minister des Aeußern Dr. Milanowitsch eine Million Lire für den serbischen „Kriegsschatz" überreichen zu können.

Frankreich.

— Die Besprechung des **Präsidenten Fallières** mit dem Ministerpräsidenten Clémenceau über die Wahl eines neuen Marineministers hat noch kein Ergebnis zutage gefördert.

— In der **Deputiertenkammer** kam es am 20. Oktober zu einem Zwischenfall, als der Deputierte Dietry die Regierung bei der Beratung des Justizbudgets im Zusammenhang mit der Dreyfusaffäre interpellierte und dem Justizminister vorwarf, er gebe sich zum Anwalte des Verräters Dreyfus her. Die ganze Linke wandte sich erregt gegen Dietry und die Kammer verhängte die Zensur über ihn. Als dieser weitersprach und die Mitglieder des Kassationshofes als Fälscher bezeichnete, beschloß die Kammer auf Ansuchen des Präsidenten die zeitweilige Ausschließung des Deputierten Dietry. Da dieser sich auch jetzt noch weigerte, die Rednertribüne zu verlassen, hob der Präsident unter lebhafter Bewegung die Sitzung vorübergehend auf.

Großbritannien.

— **Bildung eines eigenen südafrikanischen Staates.** In Durban finden gegenwärtig die Vorberatungen zwecks Bildung einer einheitlichen Regierung über die englischen Kolonien in Südafrika statt. Es soll ein Staatenbund, gleichwie in Australien, geschaffen werden, an dessen Spitze 30 Delegierte stehen sollen, je 6 aus jeder Kolonie.

Rußland.

— **Der Kaiser und die Kaiserin** sind am 20. Oktober in Peterhof eingetroffen.

— Die Studenten der **Universität Moskau** haben in einer Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen, den Streik einzustellen.

Persien.

— Die gegen Täbris entsandte **Kosakenabteilung** soll, wie Gerüchte in Teheran besagen, zurückberufen werden; der zu ihrem Führer ausersehene russische Hauptmann Uchakoff werde von Teheran überhaupt nicht abreisen. Diese Maßnahme ist auf den Wunsch der europäischen Konsuln in Täbris zurückzuführen. Von der Ankunft persischer Kosaken unter einem russischen Offizier wird eine ungünstige Wirkung auf die Haltung der Kaukasier befürchtet.

Japan.

— Der Chef der amerikanischen Schlachtflotte **Admiral Sperry** wurde heute vom Kaiser in Audienz empfangen. Der Admiral übermittelte dabei eine Botschaft des Präsidenten Roosevelt, in der der Präsident die Freundschaftsgefühle des amerikanischen Volkes für Japan zum Ausdrucke bringt. Der Kaiser erwiderte in herzlichen Ausdrücken.

Nordamerika.

— **Die amerikanische Flotte** wird China vom 29. Oktober bis zum 4. November in Amoy besuchen. Der Kaiser entsendet einen Prinzen der Herrscherfamilie und ein glänzendes Gefolge zu seiner Vertretung.

— **Die Tätigkeit eines Präsidentschaftskandidaten.** Ein amerikanischer Statistiker hat berechnet, daß Mr. Taft, der demokratische Präsidentschaftskandidat, in der jetzigen Wahlkampagne 5 000 000 Worte gesprochen, während seiner Reden 1700 Mahlzeiten eingenommen, in 1789 Eisenbahn-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19081022/2